Partei, ein Amtsenthebungsverfahren einzuleiten und Poroschenko abzusetzen, wird wohl keine Mehrheit finden. Unangenehm ist die Lage für den Präsidenten trotzdem. Nicht nur, weil einige Abgeordnete seiner Partei nach einer Untersuchungskommission rufen.

Poroschenko habe es in den knapp zwei Jahren seiner Amtszeit nicht geschafft, ordentliche Arbeitsbedingungen für Unternehmer im Lande zu schaffen – das sei das eigentliche Problem, sagt Oleh Hawrysch, der eine Wirtschaftssendung im Ersten Fernsehkanal moderiert. Poroschenko traue ja selbst „dem eigenen Wirtschaftssystem nicht, sondern mehr dem auf den Jungferninseln". Auch Geschäftsleute zögen es weiterhin vor, Firmen im Ausland zu registrieren. Die Steuern in der Ukraine seien noch immer unattraktiv, Unternehmen rechtlich nicht ausreichend geschützt.

Manche Entscheidung Poroschenkos wird nun nachvollziehbarer – zum Beispiel die überraschende Ernennung der Investmentbankerin Walerija Hontarewa zur Chefin der Nationalbank im Juni 2014. Sie war bis dahin Verwaltungsratsvorsitzende und Miteignerin der auf den Jungferninseln registrierten Finanzgruppe ICU und arbeitete laut Panama Papers eng mit dem Vizepräsidenten der großen russischen WTB-Bank zusammen. Eine ihrer wichtigsten Aufgaben damals: die Geschäfte von Poroschenkos Roshen-Konzern in Russland zu finanzieren.

Dass sie sich einen Präsidenten wählen, der ein mit allen Wassern gewaschener Unternehmer ist, hätten die Ukrainer schon im Mai 2014 gewusst, sagen jene, die die Aufregung um die Panama Papers nicht nachvollziehen können. Und trotzdem, einiges war nicht vorhersehbar: So hat sich Poroschenko im Rating der reichsten ukrainischen Oligarchen laut Magazin „Forbes" trotz Krise im vergangenen Jahr vom neunten auf den sechsten Platz vorgearbeitet. „Er hat sein Vermögen in einem Jahr um 100 Millionen Dollar vergrößert, während die Realeinkommen der Ukrainer in derselben Zeit um fast ein Viertel einbrachen", sagt Stepan Hawrysch, Direktor des Kiewer Instituts für politische Krisen. Ist das moralisch noch vertretbar?

Poroschenko wird auf die Panama Papers reagieren müssen – weil es in der Ukraine inzwischen eine hellwache kritische Öffentlichkeit gibt. Russlands Präsident Putin dagegen nicht. Er hat die Enthüllungen als Auftragswerk der CIA diffamieren lassen, das ausschließlich gegen Russland gerichtet sei. Viele Russen glauben der Kremlpropaganda. Und hinterfragen dabei nicht den Widerspruch, wie nach einem vermeintlichen „Angriff gegen Russland" der isländische Ministerpräsident zurücktreten kann.

Christian Neef, Matthias Schepp

„Ein riesiges Schattensystem"

Russland Der Magnat Alexander Lebedew über Putin und die Panama Papers

Lebedew, 56, ist Miteigentümer der regierungskritischen Moskauer Zeitung „Nowaja Gaseta", die Teil des internationalen Rechercheverbunds zu Offshore-Firmen war.

SPIEGEL: Alexander Jewgenjewitsch, ist Russlands Präsident korrupt?
Lebedew: Nein. Putin träumt nachts nicht von Jachten, und er häuft auch nicht heimlich Reichtümer an, er ist aus einem anderen Holz. Ihm geht es um Macht, nicht um Geld. Warum sollte er sich durch solche Offshore-Konten angreifbar machen?

YURI KOZYREV / DER SPIEGEL

SPIEGEL: Aus den Panama Papers geht aber hervor, dass über Offshore-Firmen seines Freundes, des Cellisten Sergej Roldugin, zwei Milliarden Dollar geflossen sind. Ziemlich viel für einen Musiker, oder?
Lebedew: Roldugin ist kein Strohmann für Putin, und er besitzt auch keine zwei Milliarden. Ausgeschlossen. Er hat vielleicht etwas von der Summe abbekommen. Was mit dem Rest passiert ist, muss man die Oligarchen fragen, die Roldugin das Geld überwiesen haben, als da wären die Magnaten Sulejman Kerimow und Alexej Mordaschow. Dafür kann man nicht Putin verantwortlich machen.
SPIEGEL: Wohl aber dafür, dass all dies unter seiner Präsidentschaft geschieht.
Lebedew: Eher dafür, dass er manchmal diejenigen verschont, die eindeutig korrupt sind. So hat Putin zu lange gezögert, den Eisenbahnchef Wladimir Jakunin rauszuwerfen. Andererseits kommen in Russland auch Gouverneure und Spitzenbeamte wegen Korruption hinter Gitter.
SPIEGEL: Wenn alles halb so schlimm ist, warum hat der Kreml dann im Vorfeld der Veröffentlichungen so empfindlich reagiert?
Lebedew: Das war ein Fehler. So wurde das Interesse noch angeheizt, obwohl der Name Putin, anders als der anderer Staatschefs, in den Dokumenten nicht auftaucht. Putin hätte beste Chancen, wenn er beispielsweise in England gegen die Tageszeitung „Guardian" wegen Verleumdung vor Gericht zöge. Vor lauter „Putin, Putin" wird aber zu wenig auf das Gesamtbild geschaut.
SPIEGEL: Wie meinen Sie das?
Lebedew: Ich meine das riesige, weltweite Schattenfinanzsystem. Im Zentrum stehen große westliche Banken, die Geldwäsche fördern. Dieses Geld schmiert westliche Wirtschaften, es fehlt in Russland. Warum decken die Engländer einen Mann wie Andrej Borodin, der aus der halb staatlichen Bank Moskwy Milliarden Dollar gestohlen hat, in England lebt und dort ein Anwesen für 140 Millionen Pfund gekauft hat? Das ist doch eine schöne Frage an Premier David Cameron.
SPIEGEL: Was schlagen Sie vor?
Lebedew: Eine internationale Antikorruptionspolizei. Und Russland sollte es zum Teil seiner Außenpolitik machen, die bei uns gestohlenen Gelder wieder zurückzubringen. Wenn der Westen aufhörte, Gaunern seine Banken, Investmentfonds und Asyl zur Verfügung zu stellen, würden bei uns weniger Milliarden geklaut.
SPIEGEL: Putin sollen über Strohmänner 40 Milliarden an Firmenbeteiligungen, zum Beispiel an der Ölfirma Surgutneftegas, gehören. Das zumindest behauptet der Moskauer Politologe Stanislaw Belkowski.
Lebedew: Und wenn Putin in Rente geht, dann sagt ihm der Chef dieser Ölfirma, hier hast du deine 25 Milliarden Dollar? Das ist lächerlich. Ich bezweifele stark, dass es so einen Plan gibt. Er würde auch nicht funktionieren, der Ölchef würde die Firma einfach behalten.

Interview: Matthias Schepp

Mail: matthias.schepp@spiegel.de

Dieser Artikel wurde nachträglich bearbeitet.